



Allgemeine Verfahrensbedingungen zum Vergabeverfahren (Anlage A)

Lieferung zum Kauf von einem Geräteträger mit Portalachsen, Aufbaurahmen, Aufsatz- streuer und Frontmähkombination

Die vorliegenden Allgemeinen Verfahrensbedingungen einschließlich sämtlicher Anlagen sowie die übrigen Teile der Vergabeunterlagen dieses Vergabeverfahrens dienen ausschließlich der Erstellung eines Angebots für den EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel und dürfen daher nur zu Zwecken der Angebotserstellung bzw. der Auftragsdurchführung verwendet und nur zu diesen Zwecken an Dritte weitergegeben werden.

Die Verwendung der Vergabeunterlagen für andere Zwecke bedarf stets der schriftlichen vorherigen Zustimmung (Einwilligung) des EUV Stadtbetriebes Castrop-Rauxel.

Die Vergabeunterlagen sind von allen Bietern sowie eventuell mit der Angebotserstellung bzw. Auftragsdurchführung beauftragten Dritten vertraulich zu behandeln. Eine Veröffentlichung der Vergabeunterlagen in jedweder Form ist strikt untersagt.

Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt. Die unbefugte Vervielfältigung, Umgestaltung, Bearbeitung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe dieses Dokuments oder eines Teils davon ist unzulässig.



Inhaltsverzeichnis

I.	Übersicht.....	3
1.	Präambel.....	3
2.	Angebotsfrist und Terminplan.....	3
II.	Allgemeine Bedingungen des Vergabeverfahrens.....	4
1.	Anwendbares Recht / Aufbau der Vergabeunterlagen.....	4
2.	Aufbau und Inhalt des Angebots	4
3.	Angebots- und Bindefrist	6
4.	Nebenangebote und Änderungsvorschläge	7
5.	Bietergemeinschaften.....	7
6.	Nachunternehmer	7
7.	Rückfragen	8
8.	Aufklärung.....	8
9.	Angebotswertung	9
10.	Aufwandsentschädigung	9
11.	Geheimhaltung	9
12.	Sonstiges	9



I. Übersicht

1. Präambel

- 1.1 Der EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel AöR bittet als Vergabestelle hiermit im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung (nachfolgend Vergabeverfahren genannt) um ein Angebot zur Lieferung zum Kauf von einem Geräteträger mit Portalachsen, Aufbaurahmen, Aufsatzstreuer und Frontmähkombination.
- 1.2 Auftraggeber und Bieter in einem Vergabeverfahren sind durch ein vertragsähnliches Vertrauensverhältnis miteinander verbunden. Sie schulden sich gegenseitige Rücksichtnahme, Aufklärung und Loyalität. Die Bieter sind insbesondere dazu verpflichtet, die übersandten Vergabeunterlagen unverzüglich zu prüfen und im Fall von Ungenauigkeiten, Unvollständigkeiten oder Unklarheiten dem Auftraggeber einen entsprechenden Hinweis zu geben bzw. eine Rückfrage zu stellen. Etwaige Verfahrensrügen sind ausdrücklich als solche zu kennzeichnen.
- 1.3 Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass in einem Vergabeverfahren insbesondere der Wettbewerbsgrundsatz eine wichtige Rolle spielt. Der Auftraggeber hat wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen zu bekämpfen, insbesondere Preis- und Gebietsabsprachen sind nicht zulässig.
- 1.4 Die Bieter werden darum gebeten, bei der Angebotsabgabe auf die strengen vergaberechtlichen Formalien und im Übrigen, wo vorgesehen, insgesamt auf die Formstrenge dieses Vergabeverfahrens besonders zu achten, da andernfalls mit der herrschenden Rechtsprechung ein zwingender Ausschluss aus dem Vergabeverfahren verbunden sein kann. Insbesondere müssen sich die Bieter dessen bewusst sein, dass eine wissentlich falsche Erklärung in diesem Vergabeverfahren den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen der Vergabestelle zur Folge haben kann.
- 1.5 Die Vergabestelle behält sich vor, die Vergabeunterlagen durch Mitteilung(en) an die Bieter zu konkretisieren und zu modifizieren. In diesem Fall gelten die Vergabeunterlagen in der durch die Verfahrensmitteilung(en) konkretisierten oder modifizierten Form. Weiterhin behält sich die Vergabestelle vor, die Vergabeunterlagen - und hierbei insbesondere die Leistungsbeschreibung - nach Abschluss der Verhandlungen an das Ergebnis der Verhandlungen anzupassen. Auch in diesem Fall sind der Angebotserstellung die Vergabeunterlagen in ihrer modifizierten Form zugrunde zu legen.

2. Angebotsfrist und Terminplan

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist der folgende unverbindliche Zeitrahmen geplant:

26.05.2026	Aufforderung zur Angebotsabgabe
<u>23.06.2026, 10.⁰⁰ Uhr</u> ab 10.⁰⁰ Uhr	Abgabefrist der Angebote Öffnung der Angebote
bis 21.07.2026	Bindefrist

Änderungen in dem Terminplan behält sich die Vergabestelle ausdrücklich vor. Diese werden den Bietern kurzfristig mitgeteilt.



II. Allgemeine Bedingungen des Vergabeverfahrens

1. Anwendbares Recht / Aufbau der Vergabeunterlagen

- 1.1 Die zugehörigen Vergabeunterlagen des vorliegenden Vergabeverfahrens enthalten das Aufforderungsschreiben zur Angebotsabgabe an die Bieter und die weiteren Vergabeunterlagen.
- 1.2 Der Auftraggeber behält sich vor, bis zum Zeitpunkt der Abgabe der Angebote Änderungen an den Vergabeunterlagen vorzunehmen. Solche nachträglichen Änderungen der Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber werden in transparenter und diskriminierungsfreier Weise erfolgen. Der Auftraggeber wird die Bieter unverzüglich über eine solche Änderung unterrichten und die Frist zur Abgabe der Angebote bei Bedarf angemessen verlängern.

2. Aufbau und Inhalt des Angebots

- 2.1 Das eingereichte Angebot muss verbindlich und zuschlagsfähig sein. Es muss sich auf sämtliche anzubietenden Leistungen gemäß des Leistungsverzeichnisses erstrecken, sowie die in dieser Ausschreibung geforderten Angaben, Beschreibungen, Erklärungen, Nachweise, Preiseintragungen, Unterlagen und Unterschriften enthalten.
- 2.2 Das Angebot ist gemäß den Bestimmungen der Vergabeunterlagen zu erstellen. Bei der Angebotserstellung haben die Bieter die aktuelle Fassung der Unterlagen zugrunde zu legen und insoweit etwaige – ggf. im Laufe des Vergabeverfahrens auftretende – ergänzende Hinweise und Antworten der Vergabestelle auf etwaige Bieterfragen zu beachten.

Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Angebote sind diese mit nachfolgender Gliederung vorzulegen:

Lfd. Nr.	Forderung:
1.	Der vollständig ausgefüllte und unterschriebene Angebotsvordruck (Anlage A.1).
2.	<u>Soweit erforderlich:</u> Bietergemeinschaftserklärung (Anlage A.2).
3.	<u>Beim Einsatz von Nachunternehmen auszufüllen:</u> Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern (Anlage A.3).
4.	<u>Beim Einsatz von Nachunternehmen:</u> Erklärung zur Eignungsleihe (Anlage A.4) Für alle Nachunternehmen auszufüllen.
5.	<u>Beim Einsatz von Nachunternehmen:</u> Verpflichtungserklärung (Anlage A.5). Für alle Nachunternehmen auszufüllen.



Lfd. Nr.	Forderung:
6.	Die vollständig ausgefüllte & unterschriebene Eigenerklärung Ausschlussgründe (Anlage A.6) Vom Hauptunternehmen und allen Nebenunternehmen auszufüllen.
7.	Die vollständig ausgefüllte und unterschriebene Eigenerklärung zur Bindefrist (Anlage A.7) Vom Hauptunternehmen auszufüllen.
8.	Die vollständig ausgefüllte und unterschriebene Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens und über seinen Umsatz im Bereich der vergabegegenständlichen Dienstleistung; jeweils bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Anlage A.8) Vom Hauptunternehmen und allen Nebenunternehmen auszufüllen.
9.	Referenzliste über mindestens drei in den letzten drei Jahren (maßgeblicher Zeitpunkt ist das Datum des Schlusstermins für den Eingang der Angebote) erbrachte vergleichbare Dienstleistungen unter Angabe Auftraggeber, Ansprechpartner (Name, E-Mail, Telefon), Leistungszeit, Auftragsgegenstand, Auftragsumfang und Rechnungswert (Anlage A.9). Referenzen des Hauptunternehmens sind vorzulegen.
10.	Nachweis über die Eintragung in das einschlägige Handelsregister durch Vorlage eines aktuellen max. 6 Monate alten Auszugs (maßgeblicher Zeitpunkt ist das Datum des Schlusstermins für den Eingang der Angebote) dieses Registers (einfache Kopie ausreichend). Die Auszüge sind für das Hauptunternehmen und alle Nebenunternehmen vorzulegen.
11.	Das vollständige Leistungsverzeichnis (Anlage C).

- 2.3 Soweit eine Bietergemeinschaft ein Angebot abgibt, ist die Anlage A.2 auszufüllen und zu unterschreiben. Ferner ist die **Anlage A.6** für Bietergemeinschaften von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft (im Einklang mit der Vergabebekanntmachung) vorzulegen. Ebenso sind von jedem Bietergemeinschaftsmitglied ein **aktueller Handelsregistrauszug** einzureichen. Die anderen Nachweise und Erklärungen sind durch die Bietergemeinschaft insgesamt zu erbringen.
- 2.4 Wenn ein Bieter zur Durchführung des Auftrages Nachunternehmer einsetzen will, sind die Anlagen **A.3, A.4 und A.5** auszufüllen und zu unterschreiben. Ferner ist die **Anlage A.6** in einem solchen Fall (im Einklang mit der Vergabebekanntmachung) für jeden benannten Nachunternehmer mit der Angebotsabgabe einzeln vorzulegen. Ebenso sind für die Nachunternehmer **aktuelle Handelsregistrauszüge** einzureichen.
- 2.5 Das Angebot muss den geltenden gesetzlichen Anforderungen sowie den behördlichen Vorgaben entsprechen. Die Verfahrenssprache ist deutsch.
- 2.6 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle übersandten Vordrucke zu verwenden. Die Verwendung selbst gefertigter Abschriften, außer Fotokopien des Originalvordrucks, ist unzulässig. Streichungen oder Ergänzungen des Vertrages einschließlich seiner Anlagen sind zwingend zu unterlassen.



- 2.7 Der Angebotspreis ist in der Leistungsbeschreibung (**Anlage C**) in EURO ohne Umsatzsteuer anzugeben. Preismargen oder Alternativpreise sind unzulässig.
- 2.8 Für das Vertragsverhältnis findet die Verordnung PR Nr. 30/53 über Preise bei öffentlichen Aufträgen (VO PR Nr. 30/53) in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Die in dem zur Rede stehenden Auftrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der VO PR Nr. 30/53. Der Auftraggeber behält sich eine Preisprüfung bei dem Auftragnehmer sowie ggf. bei dessen Nachunternehmern vor.
- 2.9 Die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen) werden vereinbart.

3. Angebots- und Bindefrist

Das verbindliche Angebot ist bis zum

23.06.2026, 10:00 Uhr,

bei dem

**EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel AöR
Westring 215
44575 Castrop-Rauxel**

digital über die E-Vergabeplattform „Metropole Ruhr“ einzusenden. Verspätete Angebote werden zwingend vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, dass der verspätete Eingang durch Umstände verursacht worden ist, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Bieter und deren Bevollmächtigte nehmen an der Angebotsöffnung nicht teil.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden. Änderungen oder Berichtigungen der abgegebenen Angebote sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist gemäß den oben bezeichneten Einreichungs- und Kennzeichnungsbedingungen möglich.

Das vollständige und verbindliche Angebot ist von den Bietern auf dem Angebotsvordruck (**Anlage A.1**) zu unterschreiben. Nicht unterschriebene Angebote werden zwingend ausgeschlossen.

Die Vergabestelle behält sich eine Verschiebung des Angebotsabgabetermins vor, wenn der Verfahrensverlauf dies sachlich erfordert. Ebenso behält sich die Vergabestelle vor, die Zuschlagsfrist zu verlängern bzw. die Bieter zur Zustimmung der Verlängerung der Bindefrist aufzufordern, wenn der Verfahrensverlauf dies sachlich erfordert.

Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist. Vom Einreichungstermin an sind die Bieter gemäß der zu unterzeichnenden Bindefristerklärung (**Anlage A.7**) bis zum Ablauf der **Bindefrist am 21.07.2026 (einschließlich)** an ihr Angebot unwiderruflich und unbedingt gebunden. Das Angebot kann



von dem Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsabgabefrist bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist weder geändert noch zurückgezogen oder widerrufen werden.

4. Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Die Abgabe von Nebenangeboten sowie von Änderungsvorschlägen, Alternativen, Varianten etc. ist nicht zugelassen.

5. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften werden zugelassen. **Anlage A.2** ist durch die Bietergemeinschaft auszufüllen und zu unterschreiben. Die Mitglieder einer Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch jeweils für die vollständige Erfüllung der vertraglichen Pflichten.

Bietergemeinschaften können grundsätzlich nur bis zu der Angebotsabgabe neu oder umgebildet werden. Jede beabsichtigte oder vorgenommene Veränderung der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe bis zur Erteilung des Zuschlags muss dem Auftraggeber gegenüber unverzüglich schriftlich angezeigt und begründet werden. Die Um- oder Neubildung einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe kann nach obergerichtlicher Rechtsprechung unzulässig sein und führt dann zu der Nichtberücksichtigung der Gemeinschaft bzw. ihres Angebots.

6. Nachunternehmer

6.1 Nachunternehmer werden zugelassen.

6.2 Beruft sich der Bieter darauf, Teile der Leistungen von Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er seinem Angebot ein Verzeichnis beifügen, in dem Art und Umfang, der durch Nachunternehmer auszuführenden Leistungen bestimmt ist (**Anlagen A.4**) und die Bestätigung über diese auszuführenden Leistungen von seinem jeweiligen Nachunternehmer (**Anlagen A.5**) bestätigen lassen.

6.3 Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer bei der Übertragung von Unteraufträgen nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren hat, und dass der Auftragnehmer dem Nachunternehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen stellen darf, als zwischen ihm und der Vergabestelle vereinbart sind. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass der Nachunternehmer ebenfalls die den Auftragnehmer treffenden Pflichten einhält. Ferner hat der Auftragnehmer bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen, insbesondere hat er sich zu bemühen, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie er es mit der vertragsgemäßen Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen vereinbaren kann.



7.

Rückfragen

7.1 Die Vergabestelle stellt die Vergabeunterlagen über

die E-Vergabeplattform Metropole Ruhr
bereit.

Über die E-Vergabeplattform teilt die Vergabestelle den Bietern auch etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen mit, erteilt Hinweise zum Verfahren und macht Bieterfragen bzw. die entsprechenden Antworten der Vergabestelle allen Bietern bekannt. Die Bieter sind daher aufgefordert, sich fortlaufend über die E-Vergabeplattform Metropole Ruhr zu informieren.

Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren oder den Vergabeunterlagen können ausschließlich in schriftlicher Form über die Kontaktfunktion der Vergabeplattform Metropole Ruhr bis spätestens eine Woche vor Submission erfolgen.

Nach dieser Frist eingehende Rückfragen der Bieter können nicht mehr beantwortet werden. Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet.

Fragen und Antworten werden zur Einsicht für alle Bieter über die E-Vergabeplattform Metropole Ruhr bereitgestellt.

Der Bieter erhält jeweils keine Eingangsbestätigung auf seine Rückfrage. Sollte eine Antwort auf die von dem Bieter gestellte Rückfrage innerhalb einer Woche nicht erfolgt sein, hat der Bieter die Vergabestelle hierauf hinzuweisen. Die Bieter haben keinen Anspruch auf Beantwortung der gestellten Rückfrage(n) innerhalb der Wochenfrist.

7.2 Fragen und Antworten werden von der Vergabestelle gesammelt und anonymisiert allen Bietern zur Verfügung gestellt. Die Bieter sind mit dieser Form der Kommunikation ausdrücklich einverstanden, wenn sie dagegen nicht binnen 48 Stunden nach Erhalt der Vergabeunterlagen per Telefax unter der oben genannten Adresse Einwendungen erheben.

8. Aufklärung

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln über die Angebote oder die Bieter Aufklärungsgespräche mit einzelnen oder allen Bietern in der Zeit zwischen Angebotsöffnung und Zuschlagserteilung zu führen. Verhandlungen, insbesondere über Änderungen der Angebote oder der Preise, sind nicht statthaft. Die Bieter haben keinen Anspruch auf Aufklärung von Zweifeln über ihre Angebote oder über die Bieter selbst nach § 9 Abs. 2 UVgO. Verweigert ein Bieter die von dem Auftraggeber geforderten Aufklärungen und Angaben, so kann sein Angebot für das weitere Verfahren unberücksichtigt bleiben.



9. Angebotswertung

Gemäß der weiteren Ausschreibungsunterlagen, hier Leistungsverzeichnis.

10. Aufwandsentschädigung

Für die Erarbeitung des Angebots und der Musterstellung steht dem Bieter kein Anspruch auf Entschädigung seines Aufwands zu. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich das Vergabeverfahren verzögert bzw. die Zuschlags- und Bindefrist verlängert wird.

Wenn keine Vergabe erfolgt, sind Schadenersatz- und Entschädigungsansprüche der Bieter - soweit rechtlich zulässig - ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Vergabestelle dem im Rahmen des Verfahrens erzielten wirtschaftlichen Ergebnis aus haushälterischen Gründen (das vorgesehene Budget für diese Beschaffung wird bspw. überschritten etc.) nicht zustimmen oder aus veränderten - zum Zeitpunkt des Vergabeverfahrens nicht bekannten und auch noch nicht absehbaren - Beschaffungsbedürfnissen der Vergabestelle das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann.

11. Geheimhaltung

Der Bieter hat sämtliche Angebotsbestandteile, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse beinhalten, zu kennzeichnen. Die Vergabestelle wird im Falle eines Nachprüfungsverfahrens keine weitergehenden Kennzeichnungen an den Angeboten der Bieter vornehmen, so dass diese ggf. zur Akteneinsicht von der Vergabekammer freigegeben werden.

12. Sonstiges

Die der Vergabestelle von den Bietern mitgeteilten personenbezogenen Daten werden für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert. Die Vergabestelle teilt die Daten Dritten mit, soweit es hierzu rechtlich verpflichtet ist oder soweit ein berechtigtes Informationsinteresse besteht.

Wenn keine Vergabe erfolgt, sind Entschädigungsansprüche der Bieter ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.
